

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 19. Ratssitzung vom 22. Oktober 2014

429. 2014/54

Motion der FDP-Fraktion vom 26.02.2014:

Ausgliederung der Stadtspitäler Triemli und Waid aus der städtischen Verwaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Tognella (FDP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4749/2014): *Wir müssen den Handlungsspielraum bei den Stadtspitalern schaffen, sei es im Bau, in der Ausrichtung, in der Unterhaltung oder im Betrieb. Die Strategie selber bleibt bei der Stadt Zürich. Eine andere Rechtsform schafft noch keine anderen Rahmenbedingungen für Mitarbeitende. Wir gehen mit dem Stadtrat einig und sehen die Vorlage auch als Postulat. Wir möchten dem Stadtrat die Zeit geben, eine Strategie vorlegen zu können. Danach ergibt sich nochmal die Möglichkeit, uns mit allen Facetten einer Ausgliederung aus der inneren Verwaltung in eine flexiblere Rechtsform zu beschäftigen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Wir rechnen damit, dass wir im nächsten Frühling eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet haben. Die beiden Spitäler haben ihre Strategie. Uns geht es um eine koordinierte Strategie, die eine Einbettung in die Versorgungskette gewährleistet, eine politische Steuerung, die Sicherheit, dass die Bevölkerung das bekommt, was sie benötigt und wir uns das alles leisten können. Der Kanton hat seine Häuser ausgegliedert und gliedert sie weiter aus, gleichzeitig koordiniert er aber nicht noch mit den anderen Angeboten. Wir haben zwei Spitäler, die die Grundversorgungsaufgabe wahrnehmen aber andererseits – und das ist der Unterschied zu einem kleineren Regionalspital – übernehmen die beiden Spitäler auch Endversorgeraufgaben. Der Entscheid darüber ist lange gefallen, als man sich dazu entschloss in die Infrastruktur zu investieren. So eine grosse Infrastruktur macht dann Sinn, wenn man auch in der Lage ist Zentrumsaufgaben und Endversorgeraufgaben zu übernehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): *In einem Markt, der überhaupt kein Markt ist, haben wir Bedingungen für einen Wettbewerb eingeführt, der überhaupt kein Wettbewerb ist. Sowohl die Privatisierung à la Ausgliederung wie auch eine Fusion, sind für die Bewältigung der Krise absolut untauglich. In dem Gesundheitsmarkt entstehen hohe Kosten, aber eigentlich locken die hohen Gewinnerwartungen auf dem Markt. Es ist nicht die Problemlösung, die bei all den Vorstössen im Vordergrund steht. Die Verlierer sind der Bund, der Kanton, die Gemeinden und letztendlich auch die Patienten. Alle*

Gesundheitsberater und Ökonomieabsolventen gehören zu den Gewinnern, genauso wie die Spitalmanager und die entsprechend aufgeblähte Administration. Die AL lehnt die Vorlage als Motion wie auch als Postulat ab.

Rolf Müller (SVP): *Der Vorstoss der FDP ist von der Grundidee her sinnvoll, wird aber bereits mit der in der Entwicklung stehenden Spitalstrategie der Stadt umgesetzt. Bei den im Gesundheitswesen laufend schnellen Veränderungen ist es wichtig, flexibel zu bleiben. Bei Gesundheitseinrichtungen handelt es sich um träge Organisationsstrukturen, die über Jahre gewachsen sind und nicht kurzfristig umstrukturiert werden können. Die Stadt sollte im Bereich der medizinischen Leistungserbringung keine vorschnellen Entscheide treffen, die sich später finanziell oder personell nachteilig auswirken können.*

Sven Sobernheim (GLP): *Es ist nötig, dass der Stadtrat eine Spitalstrategie ausarbeitet. Wir finden es eine gute Idee, dass der Stadtrat eine Auslagerung der Verwaltung prüfen soll. Wir möchten ihm dabei nicht vorschreiben, in welche Richtung diese Prüfung geht. Die Umwandlung in ein Postulat ist für uns sinnvoll. Die AG ist eine mögliche Rechtsform, die öffentliche Gesellschaft aber auch.*

Petek Altinay (SP): *Für uns ist es wichtig, dass die Stadtspitäler Triemli und Waid nicht privat und gewinnorientiert gesteuert werden. Es geht um unsere Spitäler, unsere Gesundheit und um Menschen. Wer, wenn nicht die öffentliche Hand soll sich für das Wohl unserer Bürger engagieren? Bei einem Thema, das immer eine grosse Bedeutung haben wird, muss die Stadt zwingend mitreden. Mit einer Ausgliederung und einer Privatisierung wäre das nicht mehr möglich. Deshalb ist die SP gegen die Motion und ein Postulat.*

Roger Liebi (SVP): *In Berlin wurden 2011 die städtischen Spitäler in andere Organisationsformen ausgegliedert. Als Begründung wurde angeführt, dass das System der Spitäler nicht funktioniert habe, weil sich die Politik zu sehr in die städtischen Krankenhäuser eingemischt hätte. Der Stadtrat sagte, strategische Fragen müssten geklärt werden und die Prüfung der Organisations- und Rechtsform könne eine dieser Fragen sein. Er erwäge, die Umwandlung der Spitäler in Gemeindebetriebe mit geschlossenen Rechnungskreisen zu beantragen. Damit gibt er eigentlich zu, dass die jetzige Organisationsform nicht mehr ganz die richtige ist.*

Markus Kunz (Grüne): *Das System funktioniert und es gab fast keine Argumente für eine Änderung. Ein Grund könnte das Budgetrisiko für die Stadt sein, das sind Belastungen, die Zürich noch in Zukunft tragen muss. Wir sehen aber keinen Grund, warum wir auf eine Motion oder ein Postulat eintreten sollen.*

Hans Urs von Matt (SP): *Aus Sicht eines Patienten oder einer Patientin ist es nicht sinnvoll von Gewinn zu reden. Die Kosten einer Behandlung werden aus zwei Töpfen gezahlt. Zum einen aus der Versicherung und die andere Hälfte der Fallpauschale wird vom Kanton beglichen. Es ist deshalb logisch, dass der Gewinn wieder in die öffentliche Hand zurückfliesst und nicht in eine AG.*

3 / 3

Roger Tognella (FDP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Andreas Kirstein (AL) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2014/316 (statt Motion GR Nr. 2014/54, Umwandlung) wird mit 60 gegen 60 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten der Ratspräsidentin abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat